

## Einbringungsrede zum Haushaltsentwurf 2013

25. Oktober 2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen des Erlanger Stadtrates,  
sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Vorbereitung auf die diesjährige Einbringungsrede habe ich mir meine letztjährige Rede nochmals durchgelesen und hatte kurzzeitig den Gedanken die genau gleiche Rede - natürlich mit aktualisierten Zahlen - noch mal zu halten. Aus mehreren Gründen: erstens macht es weniger Arbeit – ein Effizienzgewinn, zweitens weil nach meiner Auffassung die seinerzeitigen Aussagen nicht umgeschrieben und korrigiert werden müssen, drittens, ich vom letzten Jahr noch weiß, dass ich eine freundliche Resonanz bekommen habe und viertens, um neugierig zu erfahren, wie schnell es bemerkt wird, dass es genau die gleiche Rede ist wie im Vorjahr. Da ich selber immer wieder einfordere, man soll es sich nicht zu einfach machen, gilt dies natürlich auch für mich. Also habe ich eine neue Rede verfasst, will aber nicht verhehlen, dass ich auf einige Aussagen von früheren Haushaltsreden zurückgegriffen habe. Selbstresignierend stellte ich dabei fest: Viele der getroffenen Analysen stimmen heute noch unverändert, geändert hat sich aber durch meine Empfehlungen und Ratschläge leider wenig. Deshalb würde ich mich freuen, wenn am Ende der Rede nicht nur ein freundlicher Applaus steht, sondern eine – wenn auch kleine - Umsetzung.

Eine Empfehlung für unsere Kultur der politischen Diskussionen hätte ich bereits: In Deutschland und Europa existiert eine langjährige und gut ausgeprägte Forderungskultur – man könnte auch sagen eine „Wünsch-dir-was-Kultur“. Am Anfang stehen oft zwei Worte: „Wir fordern“ – kon-

kret bedeutet das so viel wie „**der andere** – nicht ich – **soll etwas tun**“.  
Und genau diese Forderungskultur trifft auf eine Politik, die ihren Job als eine „We make all of you happy – Veranstaltung“ begreift. Das Ergebnis dieser populären Politik und dieser Kultur sind oftmals aus den Fugen geratene öffentliche Haushalte. Gerade Demokratien sind zwangsläufig und naturgemäß dieser Forderungskultur stärker ausgesetzt. Mein Appell deshalb an beide Seiten – ein umgehender Kulturwechsel: Die einen hören auf zu sagen, dass der andere etwas tun soll; dies bedeutet sie rufen nicht „wir fordern“, sondern sie probieren es z. B. erstmal selber oder überlegen, welchen Beitrag sie für das Gemeinwesen leisten. Beispiel gefällig: der forsche Siemens-Brief zum Thema „An-StUBsen“. Und die Politik fängt an, sich nicht für alles und jedes zuständig zu erklären und gibt auch zu, sich nicht um alles und jedes kümmern zu können. Deshalb fangen wir mit **Verzicht** an und verzichten als erstes auf die Floskel „wir fordern“.

Was die Stadt, das Land und insbesondere Europa braucht, sind fleissige und couragierte Arbeiter, die den Mut haben auch mal Unpopuläres zu vertreten. Zu viele Sonnenkönige vertragen öffentliche Haushalte auf Dauer nicht. Ein Beispiel gefällig: Jedes Jahr erzielen wir in der Ergebnisrechnung Fehlbeträge. Unsere Töchter ESTW, GEWOBAU und Sparkasse erzielen aber Jahr für Jahr positive Ergebnisse mit hohen Millionen Cash-Flow-Beträgen. Trotzdem haben Teile dieses Stadtrats ein Problem mit sich bei der Umsetzung, wie starke Töchter der ärmeren Mutter helfen können. Viele sagen bei der Überschrift noch ja, beim konkreten Wie wird's dann oft einsilbiger.

Sind wir ehrlich zueinander: Politik kann in vielen Lebenslagen wenig bis gar nichts bewirken und deshalb sollte sich Politik nicht für alles und jedes – sprich: zuviel – zuständig und als Problemlöser generieren. Das Europabild von heute sieht so aus: Es gibt Gemeinwesen, die über ihre Verhältnisse gelebt haben und von anderen finanziert wurden und werden; und es gibt wenige halbwegs intakte Länder – und dazu rechne ich

(noch) Deutschland – die sich gegen andere wehren müssen, die an ihr Geld wollen.

Bei dem Aufstellen und Beraten eines Haushaltes einer Kommune geht es für uns alle um den **Umgang mit fremden Geldern**. Und fremdes Geld – dies zeigt die Lebenserfahrung – gibt man schneller aus als das eigene. Letztendlich ist es alles eine **Frage der Selbstdisziplin**. Und für genau diese Disziplin sind die **Schuldenbremse** und der angedachte **Fiskalpakt** vom Grunde her notwendig und richtig! Die in Bayern ins Auge gefasste vollständige Entschuldung halte ich volkswirtschaftlich nicht für erforderlich. Wer so viel in die Aufrechterhaltung einer Infrastruktur zu leisten hat, der kann dies ohne Fremdkapital realistischerweise nicht schaffen. Mein Credo: Schulden darf man haben, es ist alles eine Frage der Bedienbarkeit.

Gut jedenfalls, dass es jetzt einen Fiskalpakt mit einer Schuldenbremse geben wird und zwar wegen seiner disziplinierenden Wirkung. **Publikumswirksame Prestigeprojekte** als Antwort auf die Forderungskultur haben jetzt mehr Hürden zu überwinden. Beispiel gefällig: Die seinerzeit 2007 beschlossene Röthelheimbadsanierung ohne geklärte Finanzierung wird künftig nicht mehr so einfach möglich sein. Die künftigen Hürden lauten: Zum einen die mahnenden Worte der Kämmerei und dann mögliche Sanktionen eines Fiskalpaktes! Die Lösung – ein Kredit für Infrastruktur ist ein guter Kredit – wie die Nürnberger Kollegen argumentieren, funktioniert künftig nicht mehr so leicht!

Meine Positionen kennen Sie: Zur Erinnerung – Kredite darf man machen – das A und O ist die gesicherte Bedienung. Genau auf das die Banken achten (sollten).

Apropos Banken: Unfair ist es aus meiner Sicht permanent und undifferenziert auf die deutschen Banken einzudreschen und sie für die gegenwärtige Krise zum Hauptverantwortlichen zu machen. Natürlich haben die deutschen Banken in der Vergangenheit Fehler gemacht. Auch ich stelle mir die Frage, ob Kreditbanken Eigenhandel – und wenn ja so viel

– betreiben sollen. Die aktuellen Probleme unserer deutschen Bank resultieren aber doch auch daher, dass ihre zuvor ausgereichten Kredite jetzt nicht mehr bedient werden (z. B. auch die ausgereichten Gelder an die PIGS-Staaten). Diejenigen, die die Kredite gewährt haben, stellt man jetzt an den Pranger; diejenigen, die die Kredite nicht mehr zurückzahlen können, schleichen sich feige davon – ganz nach dem Motto: Was habt ihr uns auch euer Geld als Kredit geben müssen – damit habt ihr uns nur Probleme gebracht.

Zu Europa: Es war nicht vorgesehen, dass **Europa eine Defizit- und Haftungsgemeinschaft** wird – dies sind z. B. die Bundesstaaten in den USA auch nicht! Mehrere Mitgliedsstaaten haben aber ihre Pflichten massiv verletzt. Über zehn Jahre haben insbesondere die südlichen Länder von niedrigen Zinsen und enormen Subventionen profitiert. Doch statt auf dieser noch gesunden Basis stabile Strukturen aufzubauen, wurde der geldwerte Vorteil einfach verkonsumiert. Politiker zeigten in diesen Staaten völlig ungenügende finanzielle Disziplin und haben sich der beschriebenen Forderungskultur nicht widersetzt. Spanien hat z. B. seit dem Jahr 2000 seine Staatsausgaben verdoppelt. Die Regierungen der PIGS-Staaten haben uns gezeigt wie man Haushaltspolitik nicht machen darf. Jetzt muss die Bevölkerung für diese gewaltigen Fehler bezahlen, muss Sparprogramme umsetzen und sich von vielen Gewohnheiten schnell verabschieden. Diese Krise ist in erster Linie eine **Staats-schuldenkrise** und über die wertverlierenden Staatsanleihen in zweiter Linie eine Bankenkrise. Es mutet schon grotesk an: Deutschland wird jetzt verunglimpft, weil es nicht bereit ist, überzogene Lebensstandards in diesen Ländern weiter zu finanzieren.

Noch ein paar Takte zu Griechenland: Die im Zuge der Euroumstellung gesunkenen Zinsen haben Spielräume geschaffen, die vollkommen falsch genutzt wurden. Statt die nationalen Haushalte zu konsolidieren, wurden Steuern gesenkt und Sozialleistungen erhöht. Aufgrund der niedrigeren Zinsen war die Finanzierung von Schulden auf einmal ja viel ein-

facher geworden. Mit unbezahlbaren Versprechen wurde so eine trügerische Entwicklung vorgetäuscht. In Griechenland hat die großzügige Ausgabenpolitik – egal ob von Konservativen oder Sozialisten - zu einer nahezu vollständigen Deindustrialisierung des Landes geführt. Der größte Industriebetrieb Griechenlands ist heute eine Coca Cola Abfüllanlage. Und der öffentliche Haushalt wurde „geplündert und gnadenlos an die Wand gefahren“. Bei den Südeuropäern gelten nun mal andere Werte, ja sie gehören zu einem anderen Kulturkreis. Diese Erkenntnis muss man schlicht und einfach akzeptieren können.

Deutschland hat eine **starke Wirtschaft** – und diese Stärke hat mehrere Gründe: Erstens haben wir in fast allen Sektoren sehr starke Unternehmen: In der Industrie, im Technologiesektor, in der Dienstleistungsbranche, der Finanzbranche usw. Es gibt auf dieser Erde keine einzige Volkswirtschaft, die in so vielen Branchen und Bereichen gleichzeitig stark ist. Zum anderen können die deutschen Unternehmen auf **hervorragend ausgebildete und motivierte Arbeitnehmer** bauen. In kaum einem anderen Land haben so große Teile der Bevölkerung eine so gute Ausbildung, nicht einmal in den USA. Dort gibt es zwar einige Eliteuniversitäten, doch die Masse der Hochschulen ist nur mittelmäßig und deutlich schlechter als die deutschen Universitäten. Entscheidend für die Stärke Deutschlands sind auch die **verantwortungsvollen Tarifparteien**. Die meisten Tarifabschlüsse der jüngeren Vergangenheit bewegten sich in einem sehr vernünftigen Rahmen. Dadurch bleiben die Lohnstückkosten konstant, was den Unternehmen im internationalen Vergleich einen enormen Vorteil verschafft. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch Reformen, die mehr für Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt gesorgt haben.

Aber nicht nur die südländischen europäischen Länder haben ihre Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert, auch der Nachbar Frankreich. So hart es klingen mag: Die französische Wirtschaft ist heute kein Wettbewerber mehr für Deutschland. Schauen Sie sich z. B. nur die französischen Au-

tobauer an. Und durch die neue Regierung unter Francois Hollande könnten sich die Probleme des Landes sogar noch verstärken.

Die Lösung dieser Staatsschuldenkrise stellt die **europäische und deutsche Politik vor nie gesehene Herausforderungen**. Früher hat man, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, einfach die Währung abgewertet. Dies geht heute nicht mehr, im Augenblick versuchen es die meisten gefährdeten Staaten mit einem mehr oder minder strikten Sparkurs. Das bremst natürlich die Wirtschaft in diesen Ländern und führt zwangsläufig zu einer steigenden Arbeitslosigkeit. In Europa liegt die Arbeitslosigkeit heute so hoch wie nie zuvor seit der Einführung des Euro. In Spanien ist jeder zweite junge Erwachsene arbeitslos. Das ist schrecklich und solche Zustände führen zu gefährlichen sozialen Spannungen – dies ist sicher nicht nur meine Befürchtung. Für die Währungsunion kann das absoluter Sprengstoff werden. Keine einzige europäische Regierung kann ein so radikales Reformprogramm wie das in Griechenland überleben. Das wissen sehr viele und deshalb will man sich mit Notlösungen retten. Die Dämme werden immer höher gebaut: Hier ein paar Hundert Milliarden für Griechenland, da noch ein paar Milliarden für die spanischen Banken usw. Doch das kann auf die Dauer nicht funktionieren. Solche Dämme können und werden nicht ewig halten.

Viele hoffen, diese Krise lässt sich über eine Stimulierung der Nachfrageseite lösen. Als Zeuge dieser Aussage möge der französische Staatspräsident Francois Hollande dienen. Doch es gibt ein Kernproblem, denn diese Vorstellung ist eine gefährliche Illusion. Deutschland hat sich in den vergangenen zehn Jahren fast ausschließlich über die Angebotsseite wieder fit gemacht, also in dem die Bedingungen für unsere Unternehmen verbessert wurden, wodurch diese ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit extrem verbessern konnten. Die damit einhergegangene Zurückhaltung bei Tarifabschlüssen hat zwar den Arbeitnehmern einiges abverlangt, doch jetzt zahlt sich diese Disziplin für alle aus. Das sieht man nicht nur an der guten Verfassung der deutschen Wirtschaft, son-

dern auch an den kräftigen Lohnsteigerungen, die jetzt in den Tarifverhandlungen durchgesetzt werden.

Zur Zukunft: Wir müssen uns warm anziehen und uns auf eine weitere Zuspitzung vorbereiten. Je mehr sich die Euro-Staatsschulden-Krise verschärft, desto größer wird die Gefahr eines Protektionismus und dies gilt es zu verhindern. Wir brauchen offene Märkte und nicht Abschottung. Deutschland sollte dazu seine Stärken nutzen und sich wichtige Partner sichern.

Zurück zum Haushalt - vor welchem wirtschaftlichen Hintergrund ist der Entwurf für 2013 aufzustellen? Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland in 2011 war mit 3,0% Wachstum gut, für 2012 und 2013 werden zwischen 0,5% bis 1,0% erwartet. Und vom Arbeitsmarkt kommen erfreuliche Nachrichten – bisher: Die Arbeitslosenquote in Deutschland und in Bayern ist aktuell etwas niedriger als vor einem Jahr. Für Erlangen muss ich allerdings vermelden, dass unsere Arbeitslosenquote mit 3,9% derzeit über der vom Vorjahr liegt und wir nicht mehr auf Platz 1 der deutschen Großstädte liegen. Diesen Rang hat jetzt klarer als bisher die Audi-Stadt Ingolstadt. Aktuell müssen wir mehr nach hinten auf das drittplatzierte Regensburg schauen. Unverändert erfolgreich entwickeln sich die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Am Jahresende 2011 wurden 87.266 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gezählt, das waren über **3.000 mehr als ein Jahr zuvor**. Und vergleicht man dies mit dem Wert fünf Jahre zuvor, also im Dezember 2006, als es 75.779 Beschäftigungsverhältnisse mit Sozialversicherung gab, so ist dies binnen fünf Jahren eine Steigerung um sage und schreibe 11.500 (gerundet). Dies entspricht einer **Steigerung um über 15%**. Übrigens sind Voll- und Teilzeit-Arbeitsplätze gleich proportional angestiegen, der Verdacht das waren hauptsächlich Teilzeit-Arbeitsplätze (diese sind angeblich prekär?) trifft für Erlangen nicht zu. Das Verhältnis Vollzeit zu Teilzeit ist nahezu konstant bei rd. 80 : 20.

Aber ich schätze, dass wir bei den Beschäftigungsverhältnissen den Zenit überschritten haben. Dies leite ich ab aus den im Vergleich zum Vorjahr aktuell höheren Arbeitslosenquoten sowie den jetzt vollzogenen Firmenverlagerungen; Frischer Electronics, Promeos und die SyCrystal haben bekanntlich „nach Nürnberg gemacht“ – das leidige zu knappe Angebot an gewerblichen Grundstücken zeigt **erste nachweisbare Effekte**.

Ein paar Worte zum Haushaltsjahr 2011 und zum laufenden Jahr 2012. Im vergangenen Jahr hat der Haushalt gemäß den vorläufigen Zahlen im Ergebnishaushalt mit einem Fehlbetrag von knapp 11 Mio. Euro abgeschlossen. Der Planansatz war seinerzeit ein Fehlbetrag von 14,7 Mio. Euro. In der Verwaltungstätigkeit wurde im Finanzhaushalt ein Fehlbetrag von über 3,6 Mio. Euro realisiert, dies war um 2 Mio. Euro besser als in der Planung, denn diese ging von einem Minusbetrag von 5,8 Mio. Euro aus. Die Bruttoinvestitionen erreichten einen Wert von **28,0 Mio. Euro**, der Plan sah mit 32,7 Mio. Euro fast 5 Mio. Euro mehr vor. Der Schuldenstand ist im vergangenen Jahr um knapp 15 Mio. Euro angestiegen und betrug zum 31.12.2011 **146,5 Mio. Euro** in der Kernverwaltung.

Und wie läuft der Haushalt 2012? Wir haben die Ansätze im Hinblick auf die Haushaltsgenehmigung bei den Steuereinnahmen sehr ausgereizt. Die **Ist-Werte der Steuern** laufen in Summe Dank einmaliger Nachzahlungen jetzt sogar besser als angesetzt, für die Gewerbesteuer erwarten wir mit 85 Mio. Euro **in 2012 das historisch beste Ergebnis**. Das Reagieren auf ungeplante Ausgabensteigerungen wie z. B. die Personaltarif-erhöhungen fällt Gott sei Dank jetzt leicht. Und wir verfügen über eine sehr **gute Liquidität**. Dies ist auch notwendig für den Ausgleich der Fehlbeträge in 2013. Eine Prognose zum Schuldenstand zum Jahresende: Wir erwarten ihn in etwa genau so hoch wie am Jahresanfang, also kein Anstieg, kein Abbau.



Die Mehr-Erlöse aus den diesjährigen Gewerbesteuern gilt es nun klug einzusetzen. Wir erwarten neben den Personalkosten noch Mittelbereitstellungen für die Budgets des Jugendamtes und des GME. Das was übrig bleibt, sollte für **Investitionen, Rücklagen und Schuldenabbau** verteilt in 2013 verwendet werden.

Es gab bei der Haushaltsaufstellung für 2013 **zwei strategische Ziele**: Erstens das **Investitionsvolumen hochhalten** und zweitens den **Saldo aus der Verwaltungstätigkeit verbessern**. Wer jetzt gut aufgepasst hat, wird sagen, das war doch schon letztes Jahr eine Aussage. Richtig! Unsere Zielsetzungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr auch nicht verändert.

Wenn Sie unsere Ansatzzahlen 2013 mit denen des im Februar beschlossenen „optimistischen“ Finanzplans für 2013 vergleichen, so werden Sie feststellen, dass wir auf der Einnahmenseite im Saldo von der sogenannten Punktlandung gar nicht weit entfernt sind. Bei den Ausgaben haben wir dies etwas weniger geschafft, denn die Personal-Tarifsteigerungen haben stärker zugeschlagen, als wir es seinerzeit im Finanzplan eingeschätzt und eingeplant haben. Der Fehlbetrag des Ergebnis-Haushalts ist folglich mit 14,6 Mio. Euro sehr, sehr hoch. Zur Erinnerung: im Februar war für 2013 ein Fehlbetrag mit 10,5 Mio. Euro prognostiziert. Nach den Regeln der Doppik soll dieser aber ausgeglichen sein.

Bei den investiven Ausgaben war es uns von vornherein klar, dass das vom Finanzplan vorgesehene Bruttoauszahlungsvolumen für Investitionen mit über 37 Mio. Euro nicht aufrecht erhalten werden kann. Dieses wurde nun auf **knapp unter 34 Mio. Euro** reduziert – ich erinnere: dies ist trotzdem ordentlich über unserer eigenen Zielmarke von 30 Mio. Euro. Und so sehen die wichtigsten Eckdaten in Mio. Euro des Haushalts 2013 in einer Übersicht aus:

	<b>Haushalt 2011 vorl. Ergeb- nis in Mio. €</b>	<b>Haushaltsplan 2012 Ansatz in Mio. €</b>	<b>Haushaltentwurf 2013 Ansatz in Mio. €(25.10.12)</b>
Gesamtbetrag Erträge	271,8	277,3	282,5
Gesamtbetrag Aufwendun- gen	276,7	288,0	297,1
<b>Fehlbetrag im Ergebnis- haushalt</b>	<b>~ 10,9</b> (Abschreibungen geschätzt)	<b>10,7</b>	<b>14,6 !</b>
<b>Finanzsaldo aus lfd. Ver- waltungstätigkeit</b>	<b>-3,6</b>	<b>+0,09</b>	<b>-5,4</b>
Investitionen brutto	28,0	31,4	33,8
<b>Finanzsaldo aus Investiti- onstätigkeit</b>	<b>- 5,7</b>	<b>-12,5</b>	<b>-19,0</b>
Finanzierungsmittelfehlbetrag	- 9,3	-12,4	-24,4 !
Netto-Neuverschuldung	14,9	0	-1,0 !
Steuereinnahmen	145,1	151,9	152,9
davon Gewerbesteuer	59,7 (a/FinanzHH)	59,7 (voraus.Ist 85,3 !)	59,5
davon Einkommensteuer	54,2 (a/FinanzHH)	61,0 (voraus.Ist 59,7)	61,5
Schlüsselzuweisung	9,8	12,0	14,0
Bezirksumlage	26,7	27,6 (26,0%)	28,6 (25,0%)
Personalaufwendungen (inkl. Rückstellungen)	93,5	98,3	103,1

Der mittelfristige Finanzplan im HH-Entwurf 2013 ist wieder „zweigeteilt“; ein **forscher** und ein **vorsichtiger**. Sie finden diesen auf den Seiten 355 – 368. Bitte widmen Sie wenigstens diesmal in den Haushaltsberatungen der umfassenden Arbeit, die Herr Hauer hier geleistet hat, mehr Aufmerksamkeit als in den Vorjahren. Sehen Sie sich insbesondere die **hohen Fehlbeträge für die Jahre 2014, 2015 und 2016** an! Selbst im optimistischen Fall stehen hier aufsummiert über **43 Mio. Euro**, im pessimistischen Fall sogar über **75 Mio. Euro!**

In Kürze eine Übersicht über die wichtigsten Investitionsausgaben für 2013:

- Das Schulsanierungsprogramm mit knapp 2,6 Mio. Euro, u. a. der Anbau für das Albert-Schweitzer-Gymnasium mit 2,3 Mio. Euro und die Planungsmittel für das VOF-Verfahren für das Ohm-Gymnasium mit 200.000 Euro (Baubeginn für das Ohm-Gymnasium ist für 2014 vorgesehen).
- Schulmensen und Schulturnhalle mit 4,8 Mio. Euro u. a. die Mensen für die Werner-von-Siemens-Realschule, für die Realschule Am Europakanal, für die Grundschule Tennenlohe sowie der Anbau für die Adalbert-Stifter-Schule und die Schulturnhalle in Tennenlohe.
- Der Straßen- und Brückenbau einschl. Grunderwerb (Adenauerring) mit 8,2 Mio. Euro u. a. der Ausbau der Wasserturmstraße.
- Der Umweltbereich mit knapp 1,5 Mio. Euro u. a. der Hochwasserschutz für die Schwabach mit 640.000 Euro, die Dammsicherung am Doktorsweiher mit 230.000 Euro und der Einstieg in die Wiederherstellung des Röttenbachs mit 300.000 Euro.
- Die Kindertagesstätten und Jugendeinrichtungen mit knapp 7,3 Mio. Euro u. a. die Zuschüsse an die Freien Träger mit 3,6 Mio. Euro sowie die Krippe im Gemeindezentrum Frauenaarach, die Lernstube Bruck, die Kindertagesstätte Hans-Sachs-Straße und der Jugendtreff FAG-Gelände.
- Der Kulturbereich mit rd. 2,4 Mio. Euro, u. a. das MedArchiv mit 1,4 Mio. Euro, das Theater mit 300 T€ und das Gemeindezentrum Frauenaarach mit 700 T€.
- Im Sportbereich der Einstieg in die Sanierung des Freibades West mit 1,5 Mio. Euro.

Insgesamt sind – wie erwähnt - für **Investitionen 33,8 Mio. Euro Auszahlungen** vorgesehen. Das sind 2,4 Mio. Euro mehr als im diesjährigen Ansatz des Jahres 2012. Diesen Ausgaben stehen Grundstückserlöse und Staatszuweisungen von insgesamt 14,8 Mio. Euro gegenüber (in 2012 waren und sind es 19 Mio. Euro); davon stammen 2 Mio. Euro aus dem Röthelheimkonto – für das nächste Jahr erwarten wir abschließend 1 Mio. Euro. In Summe ergibt sich ein **negativer Finanzsaldo** aus der Investitionstätigkeit von **19,0 Mio. Euro** (in 2012 sind es nach dem Plan - 12,5 Mio. Euro), zusammen mit dem negativen Saldo aus der Verwaltungstätigkeit beträgt der **Finanzierungsmittelfehlbetrag wie erwähnt 24,4 Mio. Euro**. Ich erinnere an den im Februar verabschiedeten mittelfristigen Finanzplan, der für 2013 einen Fehlbetrag von 20,7 Mio. Euro erwarten ließ. Der jetzt noch höhere Fehlbetrag ist nur darstellbar und hinnehmbar, weil aus 2012 ein erheblich besseres Steuerergebnis und damit ein Jahresüberschuss zur Deckung zur Verfügung steht.

Bitte bedenken Sie, dass dies für 2014 geringere Schlüsselzuweisungen und eine höhere Bezirksumlage zur Folge haben wird. Eine Finanzausgleichsrückstellung in Höhe von 4 Mio. Euro ist das Mindeste was als Vorsorge dafür vorgesehen werden sollte.

Hervorheben möchte ich nochmal, dass es nach dem Entwurf für 2013 möglich ist eine **Netto-Entschuldung von 1 Mio. Euro** zu erzielen. In Zeiten wie diesen, ein gutes Ergebnis - im Hinblick auf die starken Zunahmen im Jahre 2010 und 2011 mit gesamt 28 Mio. Euro nur ein kleiner Tropfen auf den heißen Stein. Wir haben die Politik von Keynes angenommen und umgesetzt! In Krisenzeiten wurde kräftig investiert und neue Kredite in Kauf genommen, jetzt wird ein – wenn auch nur kleiner - Teil zurückgezahlt.

Bei Diskussionen um öffentliche Haushalte ist oft der Spruch zu hören „da muss man jetzt halt mal den Geldbeutel aufmachen“. Unser **Geldbeutel ist offen und transparent** und er heißt „Bestand an liquiden Mitteln bzw. Liquidität“. Im Haushaltsentwurf 2013 ist er auf der Seite 42

abgedruckt und für Jeden nachlesbar. Beachten Sie bitte, dass und wie der zum Jahresende prognostizierte Bestand an liquiden Mitteln **vollständig verplant bzw. gebunden ist.**

Dieser Haushaltsentwurf ist nach unserer Einschätzung genehmigungsfähig. Auf die dafür wichtige und eingeplante Entschuldung von 1 Mio. Euro habe ich bereits hingewiesen. **Die Verpflichtungsermächtigungen sind mit 11 Mio. Euro deutlich geringer als im 2012-Plan mit 20 Mio. Euro.** Erinnerung sei an dieser Stelle daran, dass bei der letzten Haushaltsgenehmigung für das Jahr 2012 der Betrag der Verpflichtungsermächtigungen von der Regierung um 3 Mio. Euro gesperrt wurde. Die folgenden Sätze aus der aktuellen Haushaltsgenehmigung möchte ich für Sie alle noch mal in Erinnerung rufen:

- Bei der Analyse des Ergebnishaushalts bis 2015 hat die Regierung kritisch darauf hingewiesen, dass „damit deutlich wird, dass auch langfristig die enthaltenen **Abschreibungen** und **Pensionsrückstellungen** aus den **Erträgen nicht erwirtschaftet werden können**“.
- In der Schlussbemerkung hat die Regierung geschrieben: „Die **Finanzlage der Stadt ist weiterhin als kritisch zu bezeichnen**, da weder im Ergebnishaushalt die Abschreibungen erwirtschaftet werden können, noch im Finanzhaushalt ein positiver Saldo erreicht werden kann. Der Haushaltsausgleich kann deshalb, wie im Vorjahr, wiederum nur über die noch vorhandenen liquiden Mitteln erfolgen“. Diese Situation wird die Regierung auch mit dem Haushalt 2013 wieder vorfinden!
- Gegen Ende der Schlussbemerkungen führt die Regierung aus: „auch wir empfehlen dringend, sich eingehend mit der aufgezeigten, kritischen Finanzentwicklung auseinander zu setzen. Vor diesem Hintergrund ist es insbesondere geboten, **kreditfinanzierte Investitionen sorgfältig zu überdenken und ggfs. zu verschieben**. Eine **Geneh-**

**migungsfähigkeit der Kredite** im Planungszeitraum wäre nach dem vorliegenden mittelfristigen Finanzplan **nicht mehr gegeben!**“

Im vergangenen Jahr habe ich Ihnen zur Erläuterung des strukturellen Einnahmeproblems des Erlanger Haushalts einen Städtevergleich der Gewerbesteuer der deutschen Städte mit guter Arbeitslosigkeit bezogen auf Einwohner und Beschäftigte vorgelegt. Wir haben diese Tabelle für das Jahr 2011 fortgeschrieben und darüber hinaus für die Jahre 2009 bis 2011 einen Durchschnitt gebildet. Da es gerade bei der Gewerbesteuer einmalige Einflüsse in einem Steuerjahr geben kann, ist der Dreijahres-Durchschnitt der wohl aussagekräftigere. Ergebnis bei dieser Auswertung ist aber genau das gleiche wie ich es im letzten Jahr schon gesagt habe: Erlangen ist **Top bei der Arbeitslosenquote** und bei der **Beschäftigung**, diese spiegelt sich aber nicht in entsprechenden Gewerbesteuerzahlungen nieder. Erlangen steht zwar bei der Arbeitslosenquote in der Tabelle ganz weit oben, bei der **Gewerbesteuer pro Beschäftiger** in der Tabelle aber dagegen **ganz, ganz weit hinten**.

Städte/(Hebesatz)	Arbeitslosenquote			Gewerbesteuer 2009 - 2011				
	Rangfolge	Dez. 2011	Einwohner (30.06.2011)	Sozialvers. pflichtige Beschäftigte (Dez. 2011)	Durchschnitt Istaufkommen in T€ 2009 - 2011	Pro Einwohner in € (30.06.2011)	Pro Sozialvers.pflichtige Beschäftigte in € (Dez. 2011)	Rangfolge
Ingolstadt (400)	1.	3,3	125.708	86.381	128.201	1.020	1.484	9.
Erlangen (425)	2.	3,5	105.764	87.266	56.443	534	647	35.
Ansbach (360)	3.	4,1	40.262	24.659	13.287	330	539	38.
Ulm (407)	3.	4,1	123.037	85.005	106.002	853	1.235	15.
Regensburg (425)	5.	4,3	135.766	104.575	132.848	979	1.270	13.
Schwabach (390)	6.	4,4	39.083	14.146	16.060	411	1.135	20.
Würzburg (420)	6.	4,4	133.476	80.344	63.043	472	785	32.
Bamberg (390)	8.	4,6	70.040	48.975	34.764	496	710	34.
München(490)	8.	4,6	1.363.416	723.730	1.592.793	1.168	2.201	2.
Wolfsburg (380)	10.	4,9	121.878	109.611	185.136	1.519	1.889	7.
Heidelberg (400)	11.	5,1	147.919	82.205	93.756	634	1.141	19.
Aschaffenburg (385)	11.	5,1	68.711	46.160	35.199	512	763	33.
Stuttgart (420)	13.	5,2	809.258	367.628	617.959	1.014	1.728	5.
Karlsruhe (410)	14.	5,3	295.082	183.392	214.048	725	1.310	11.
Heilbronn (380)	15.	5,5	123.774	83.495	71.945	754	1.133	21.
Darmstadt (425)	16.	5,6	147.150	91.015	108.355	738	1.191	18.
Mainz (440)	16.	5,6	199.992	104.552	100.172	501	958	29.
Coburg (275)	16.	5,6	41.002	32.188	61.295	1.495	1.904	4.
Freiburg im Breisgau (400)	19.	5,7	224.994	108.977	122.173	543	1.121	23.
Bayreuth (390)	19.	5,7	72.515	42.563	42.685	589	1.003	26.
Münster (460)	21.	5,8	288.050	146.703	249.162	885	1.698	6.
Augsburg (435)	21.	5,8	265.157	131.002	112.579	425	859	31.
Schweinfurt (370)	23.	5,9	53.280	52.268	50.655	951	969	28.
Fürth (440)	24.	6,0	115.480	40.493	41.719	361	1.030	25.
Mannheim (415)	25.	6,2	313.442	189.583	239.734	785	1.414	10.
Hof (380)	26.	6,3	46.094	23.446	13.202	286	563	37.
Bonn (460)	27.	6,4	326.143	159.945	205.216	629	1.283	12.
Koblenz (410)	28.	6,6	106.622	86.939	84.827	798	1.267	14.
Jena (420)	29.	6,9	104.806	50.990	44.890	428	880	30.
Wiesbaden (440)	29.	6,9	277.406	123.748	191.750	691	1.550	8.
Frankfurt am Main (460)	31.	7,0	684.139	505.707	1.203.988	1.760	2.381	1.
Hansestadt Hamburg (470)	32.	7,3	1.790.756	852.014	1.716.341	958	2.014	3.
Nürnberg (447)	32.	7,3	507.720	273.630	324.374	639	1.185	18.
Leverkusen (480)	34.	7,4	160.901	81.505	72.977	454	1.187	17.
Potsdam (450)	34.	7,4	157.524	77.846	47.780	303	814	36.
Braunschweig (450)	36.	7,5	249.197	115.489	130.812	525	1.133	22.
Pforzheim (380)	37.	7,6	120.052	51.292	57.320	477	1.118	24.
Bottrop (490)	38.	8,4	116.580	31.610	31.006	266	981	27.
Summe			9.872.154	5.391.057	8.613.497	26.886	46.073	
Durchschnitt der 38 Städte						873	1.598	

Aus dem Haushaltsentwurf ziehe ich folgendes Fazit und möchte Ihnen dies für die Haushaltsberatungen auf den Weg geben:

- Das Positive an diesem Entwurf ist das hohe Investitionsvolumen – es ist das Zweithöchste der letzten 20 Jahre – und das bei gleichzeitiger Entschuldung! 😊
- Das Negative ist der wiederum hohe Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung. Der doppelte Haushaltsausgleich ist damit nicht gegeben! Näheres siehe Seite 39. 😞
- Die Gott sei Dank gute Liquiditätslage muss vollständig zur Deckung aller Lücken eingesetzt bzw. verplant werden. 😞
- Die Fehlbeträge im Finanzplan für die Jahre 2014 – 2016 sind erschreckend hoch. Allein für 2014 erwarten wir lt. optimistischem Finanzplan eine Finanzierungslücke von über 25 Mio. Euro. Aus heutiger Sicht gibt es keine Antwort wie diese geschlossen werden soll. 😞
- Die Kosten für neu zu schaffende Personalstellen sind noch nicht einkalkuliert! 😞

Ein weiteres Problem-Thema muss ich noch ansprechen, um es tiefgründig zu erörtern, fehlt aber die Zeit. Von Herrn Ternes wurde jüngst darauf hingewiesen, dass in den nächsten zehn Jahren die Hälfte der Belegschaft in den Ruhestand ausscheiden wird. Eine große Herausforderung für die Personalverwaltung, was die Wiederbesetzung anbetrifft. Aber – dahinter steckt noch ein anderes, gewichtiges Problem: darunter werden viele Beamte sein, die dann ihre Pension beziehen, und statistisch steigt die durchschnittliche Lebenserwartung. Beamte werden übrigens älter als die Rentenbezieher – auch das ist statistisch belegt. Hinter diesem Thema verbergen sich steigende Pensionslasten, die jede Kommune vor große Herausforderungen stellt. Kollegen sprechen schon von einer **Pensionslawine**, die auf die öffentlichen Haushalte zurollt. Diese kann deren Handlungsfähigkeit stark einschränken, denn die Beamten-

versorgung ist nur bilanziell durch die Bildung von Pensionsrückstellungen, aber nicht finanziell durch Vorsorge in Form von ersparten Rücklagen gelöst! Dafür wird entsprechende Liquidität benötigt. Die für die Stadt Erlangen bestehende Umlagefinanzierung bei der Bayer. Versorgungskammer schließt diese Lücke jedenfalls nicht! Neben dem bestehenden und bekannten Sanierungsstau bei Straßen, Brücken und Gebäuden werden die steigenden Pensionslasten eine **zusätzliche und dauerhafte Herausforderung** für den städtischen Haushalt werden.

Es gibt „leider“ wieder eine **lange Liste von nicht berücksichtigten, - weil nicht finanzierbar** - aber von Ämtern als notwendig eingestuften Projekten und Investitionen. Diese kann und darf nicht unerwähnt sein. Als Beispiele will ich folgende benennen: Generalsanierung Theater, Umgehungsstraße Eltersdorf, Begegnungszentrum E-West, Generalsanierung Frankenhof 1. und 2. BA, beim Marie-Therese-Gymnasium der Bau einer Zweifachturnhalle, beim CEG die Schaffung von Musikkabinen und Restarbeiten, beim Ohm-Gymnasium Erweiterungsbauten für zusätzliche Klassenräume. Als letztes benenne ich noch die Stadt-Umland-Bahn, für die aber auch keine Meldung an den Haushalt 2013 vorliegt. Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass diese Aufzählung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben will und darf.

Gestatten Sie mir zum Ende noch eine persönliche Anmerkung: als Kämmerer kommst du dir oft genug vor wie ein Torwart: Du sollst jetzt das geradeziehen, was vorne nicht geklappt hat! Klar ist es schöner vorne vor dem gegnerischen Tor zu stehen und sich für geschossene Tore feiern zu lassen! Aber so geht ein Mannschaftsspiel nicht! Stellen Sie sich vor beim HCE bleiben alle Spieler vor dem gegnerischen Tor stehen und rufen nach hinten: „Andy (Bayerschmidt) du machst das schon!“ Mag sein, dass Andy Bayerschmidt und ich evtl. eine ähnliche Frisur haben, aber der HCE ist in funktionierender Kombination von Sturm und Abwehr für uns da ein Vorbild.



Zum Ende noch ein Zitat, das ich im Rahmen eines Vortrags im Juli von unserem Sparkassenvorstand Dr. Peter Buchmann gehört habe, das aber sehr zum Umgang der Politik mit öffentlichen Geldern passt: „**Vieles im Leben ist wünschenswert. Nicht alles davon ist nötig. Noch weniger davon ist unbedingt nötig. Allerdings ist nicht alles, was unbedingt nötig erscheint, machbar und nicht alles hiervon ist sinnvoll.**“

Wenn Sie jetzt den Haushalt beraten, denken Sie bitte immer daran: Ob der Fiskalpakt jetzt schon greift oder nicht – es geht bei dem **Haushalt um den Umgang mit unser aller fremden Geld!**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.